

N i e d e r s c h r i f t

über Tagesordnungspunkt 1 der gemeinsamen Sondersitzung des Verkehrs- und Schulausschusses am 29.11.2000

Vom Verkehrsausschuss sind unter dem Vorsitz des Herrn Stv. Müller anwesend:

von der CDU-Fraktion

die Stadtverordneten Geisendörfer, Priem und Frau Winterhager,

von der FDP

Herr Jonas,

von der SPD-Fraktion

die Stadtverordneten Blume, Dittgen, Hahn, Herren Arenz und Kessens

beratendes Mitglied

Herr Wichmann

sachkundige Einwohner mit beratender Stimme

Herr Kraft (Polizei), Herr Dr. Hoffmann (WSW)

von der Verwaltung

Herr Beig. Roßberg, Herren Bronold, Behr, Lieser, Müller, Widmann und Frau Reichl (alle 104)

Schriftführerin

Frau Sauer

Beginn der Sitzung: 16.10 Uhr

Ende der Sitzung: 17.20 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird vereinbart, dass **Herr Stv. Müller** die Sitzungsleitung für TOP 1 übernimmt und nach Abhandlung dieses Tagesordnungspunktes die Sondersitzung des Verkehrsausschusses beendet wird.

- - -

Öffentlicher Teil

1. Verkehrssicherheitsmaßnahmen für Kinder

4734/00

Herr Stv. Müller stellt fest, verschiedene Anwesende hätten den vorliegenden Film der Polizei „Kinder haben keine Bremse“ bereits vor einiger Zeit gesehen und intensiv über Kindersicherheitsmaßnahmen im Verkehr - vor allem auf dem Schulweg - diskutiert. In der Sitzung des Verkehrsausschusses sei festgestellt worden, dass die Zusammenarbeit mit den Schulen verbessert werden könnte. Daraufhin habe man beschlossen, die Problematik in einem größeren Gremium noch einmal zu beraten und den Schulausschuss um eine gemeinsame Sondersitzung gebeten.

- - -

Anschließend wird der von der Polizei zur Verfügung gestellte Film vorgeführt.

- - -

Herr Widmann hebt hervor, der Film verdeutliche anschaulich, wie sich Kinder allgemein im Verkehr verhielten. Er erläutert anhand verschiedener Folien die konkrete Situation der Kinderunfälle in Wuppertal und hebt die Bedeutung weiterer Maßnahmen zur Kindersicherheit hervor. Im einzelnen führt er aus, dass es 1998 194, 1999 225 Kinderunfälle gegeben habe und sich die Zahl in diesem Jahr bis Oktober darstelle wie in dem gesamten Jahr 1994. Die bisher ergriffenen Maßnahmen seien somit wohl nicht ausreichend. Es gebe in Wuppertal keine konkreten Unfallschwerpunkte, die Kinderunfälle seien über das gesamte Stadtgebiet verteilt und passierten hauptsächlich an Straßenquerungen. Eine umfangreiche Auswertung der Polizei über die letzten drei Jahre zeige, dass Schulwegunfälle selten und die überwiegenden Kinderunfälle nachmittags in der Nähe der Wohnungen passierten. Ein Drittel der Kinderunfälle seien Fahrradunfälle. Bei 40 % aller Fußgängerunfälle seien Kinder beteiligt, wobei die Anzahl der verunfallten Kinder mit 12 % sehr hoch sei.

Herr Widmann listet die bisher ergriffenen Maßnahmen von Polizei und Stadtverwaltung auf: gemeinsames Projekt mit der Gesamtschule Barmen, Auslegen von Anhalte-Teppichen, Anhalte-Aktionen, anlässlich derer als Tischvorlage ausliegende Denk- oder Dankzettel verteilt würden, Holzkinder-Aktionen, Käpt'n-Blaubär-Truck-Besuch in Wuppertal sowie die Crash-Vorführung der Polizei auf dem Berliner Platz – hierüber wird eine Dokumentation der Lokalzeit vorgeführt-. Bei der Einschulung erhielten die Kinder Kartenmaterial über ihren Schulweg. Es bestehe jedoch weiterer Aufklärungsbedarf an den weiterführenden Schulen. Von diesen werde in der Regel mit Hinweis auf den engen Lehrplan die Behandlung des Themas Verkehrssicherheit als Schwerpunktthema abgelehnt.

Das Projekt mit der Gesamtschule Barmen sei bisher leider eine Ausnahme gewesen, ansonsten geschähen lediglich punktuelle Sachen, sofern Lehrer auf Stadt oder Polizei zukämen. Er hebt hervor, dass Tempo 30 in Wohngebieten überaus sinnvoll sei:

der Bremsweg betrage bei Tempo 30 14 m und bei Tempo 50 bereits 28 m. Die Stadt plane, weitere sogenannte Holzkinder anzuschaffen und an wechselnden Orten zu platzieren. Hierfür müssten jedoch Betreuer gefunden werden.

Herr Kraft bittet das Augenmerk auf die Zahl der verunglückten Kinder in Begleitung Erwachsener zu richten; es waren dies in 1997 20 %, in 1998 18 % und in 1999 22 % . Viele Eltern verhielten sich nicht verkehrsgerecht. Die Polizei besuche Kindergärten und Grundschulen, jedoch nicht die weiterführenden Schulen. Die Eltern müssten jedoch mit einbezogen werden. Er appelliere, bei allen Planungen die Verhinderung von Kinderunfällen zu berücksichtigen.

Herr Müller bestätigt, der Anlass für die heutige gemeinsame Sitzung sei die Feststellung, dass die Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen nicht optimal sei und verbessert werden müsse.

Herr Stv. Dittgen dankt für die Zusammenfassung der Unfallzahlen und fragt nach der Quintessenz. Gerade auf den Hauptverkehrsstraßen bestehe Handlungsbedarf. Seine Frage, ob die Vorlage 4607/00 noch Bestand habe, wird von Herr Widmann bestätigt. Seiner Auffassung nach werde in den Schulen viel für Verkehrserziehung geleistet, das Problem liege hauptsächlich bei den Erwachsenen. Den Eltern müsse immer wieder klargemacht werden, wie hoch die Gefährdung der Kinder sei. Auch in Tempo-30-Zonen würden selbst die Eltern viel zu schnell fahren.

Herr Stv. Gothsch fragt nach der Differenzierung der Altersklassen der verunfallten Kinder. Im Hinblick auf den in der Seite 4 der Drucksache enthaltenen pekuniären Aspekt stellt er fest, falls Schutz für die Kinder geboten werden müsste, seien die finanziellen Auswirkungen hinzunehmen. Sinnvoll seien bauliche Maßnahmen, um ein angemessenes Fahren zu erzwingen. An den weiterführenden Schulen sei viel zu machen.

Herr Stv. Müller teilt mit, das Landesprogramm sei ausgelaufen und es müsse ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden.

Frau Backeshoff, Vorsitzende der Stadtschulpflegschaft, bietet ihre Zusammenarbeit - vor allem im Hinblick auf die Aufklärung der Erwachsenen - an. Sie frage, ob es bereits Erkenntnisse über die Unfallsituation vor Schulen gebe seit der Aufhebung der Tempo-30-Regelung nach 18.00 Uhr.

Herr Widmann verweist auf Seite 2 der Drucksache und begrüßt den Kontaktwunsch der Stadtschulpflegschaft. Er appelliere an die Stadtverordneten, in sensiblen Bereichen keine Querungshilfen abzubauen. Das Team zur Verbesserung der Verkehrssicherheit gehe auf Bürgeranregungen ein. Maßnahmen seien beispielsweise Verkehrsinseln, Querungshilfen, Lichtzeichenanlagen, Zebrastreifen sowie Fahrbahnverengungen. Im Hinblick auf die finanzielle Lage seien der gesamte Straßenraum leider nicht umgestaltbar sondern nur punktuelle Maßnahmen möglich. Hierfür stünden 200 TDM im Haushalt zur Verfügung. Man versuche, die Erwachsenen über Presse, Faltblätter und verschiedene Aktionen sowie direkt über die Kinder in Schulen und Kindergärten zu erreichen.

Herr Kraft sagt zu, die Aussagen über den Altersschnitt der verunfallten Kinder mit dem Protokoll nachzureichen. Es werde in jedem Fall erfasst, ob es sich um einen Schulwegunfall handle. In 1997 habe die Anzahl dieser Schulwegunfälle bei 39, in 1998 bei 30 und in 1999 bei 34 gelegen. Überwiegend geschähen die Unfälle auf dem Heimweg, gem. Straßenverkehrsordnung liege die Ursache hierfür zu 50 % bei den Kindern.

Herr Stv. Kühme hält ein Bündel von Maßnahmen mit vielen Beteiligten für notwendig. Die Schule stelle nur einen Aspekt dar und werde sich wohl nicht verweigern. Es müsse ein Maximum an Sicherheit für die Kinder - und dies auch durch bauliche Maßnahmen - geschaffen werden.

Nach Auffassung von **Herrn Jonas** sei es wichtig, die Kinder zu belehren. Weitere bauliche Maßnahmen halte er nicht für notwendig, da keine Unfallschwerpunkte bekannt seien.

Herr Wichmann widerspricht, dass trotz Belehrung bauliche Maßnahmen dennoch wichtig seien.

Herr Müller stellt fest, der Zugang zu den Eltern werde schwieriger, je älter die Kinder seien.

Lt. **Herr Widmann** gebe es messbare Erfolge dort, wo eine Unfallhäufung zu verzeichnen gewesen sei. Nach der Durchführung von Schilderungs- oder baulichen Maßnahmen werde die Situation nach einem Jahr erneut begutachtet.

Herr Jonas empfindet das Verhalten der Schulen, die im Hinblick auf die engen Stundenpläne und das wenige Personal eine Zusammenarbeit ablehnten, als beschämend.

Frau Backeshoff widerspricht, die Verantwortung dafür, dass Erwachsene rücksichtslos führen, sei nicht den Schulen anzulasten. Die Aufklärung sei den Schulen nicht zuzumuten. Man müsse bei den Erwachsenen anfangen.

Frau Stv. Simon bekräftigt diese Auffassung. Sie erinnere daran, dass die Anträge ihrer Fraktion auf die Errichtung von Querungshilfen keine Mehrheit gefunden hätten. Auch empfinde sie nach wie vor die teilw. Aufhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung vor Schulen als falsch. Die Autofahrer seien dadurch verunsichert. Eine stärkere Überwachung sei sinnvoll, auch vor dem Wissen, dass die Polizei keine Ressourcen habe.

Herr Stv. Dittgen weist vor dem Hintergrund der Äußerung von Herrn Jonas darauf hin, dass die Auswirkungen bei Tempo 30 wesentlich geringer seien. Er spricht in diesem Zusammenhang die Verkehrssituation auf der Heckinghauser Straße an.

Herr Müller erklärt, in vielen Straßen seien bereits sinnvolle Maßnahmen durchgeführt worden.

Herr Stv. Rösener verweist auf Seite 2 der Drucksache, dass in einigen Straßen die Unfälle deutlich zurückgegangen seien. **Herr Widmann** nennt hier die Friedrich-Ebert-Straße, wo Fahrspuren reduziert und ein Radweg angelegt worden seien. Weiterhin seien zusätzliche Lichtzeichenanlagen installiert worden.

Herr Stv. Müller dankt den Mitgliedern des Schulausschusses für die Durchführung der Sondersitzung.

Frau Stv. Warnecke appelliert an die Anwesenden, die Problematik der Verkehrssicherheit von Kindern im Kopf zu behalten.

- - -

Müller
Stadtverordneter

Warnecke
Stadtverordnete

Roßberg
Beigeordneter

Sauer
Schriftführerin